

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 3. Januar. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Wir können nicht umhin, erneut darauf auf-
merksam zu machen, wie sehr im Kampf gegen
die Militärvorläge der öffentlichen Meinung das
Urtheil dadurch erschwert wird, daß man jener
Vorlage nicht mit sachlichen Gründen und logi-
schen Schlussfolgerungen, sondern mit tönen-
den Schlagworten und unklaren Forderungen entgegen-
tritt. Zu letzteren gehört der Satz: wir verlan-
gen zweijährige Dienstzeit und sind bereit, dafür
vermehrte Rekruteneinstellung innerhalb der be-
stehenden Präsenzstärke zu bewilligen. Die Ver-
seher des Satzes geben sich in Reden und in
der Presse den Anschein, als ob sie damit der
Regierung entgegenkämen und letztere dafür ver-
antwortlich sei, wenn auf diesem Wege eine Ver-
stärkung nicht erzielt werde. In Wahrheit ist
jener Vorstoß gar kein Entgegenkommen, viel-
mehr die Negation des auf Verstärkung und
Verbesserung der Armee gerichteten Strebens —
ja, man kann sagen, daß er sich in der entgegen-
gesetzten Richtung bewege und eine Entwürdigung
anstrebe, die vom militärischen Gesichtspunkt eine
Verschlechterung und Schwächung der Armee
bedeute. Die Regierung sagt: Die zweijährige
Dienstzeit enthält die Gefahr einer Verringerung
der Qualität, dieser Gefahr kann begegnet wer-
den durch eine Vermehrung der Rekrutenein-
stellung in einer Höhe und Art, welche die volle
gleichmäßige, durch Nebenbedingung nicht ge-
führte Ausbildung während zweier Jahre sicher stellt;
nur unter dieser Voraussetzung kann die zwei-
jährige Dienstzeit gewährt werden. Die Ver-
seher des obigen Satzes ihrerseits sagen: Wir
acceptiren die zweijährige Dienstzeit, wir halten
aber an der gegenwärtigen Präsenzstärke fest,
d. h. an der Ziffer, die auf dem Boden der drei-
jährigen Dienstzeit erwachsen ist, wir nehmen
mithin von beiden Systemen das, was uns paßt,
von der zweijährigen Dienstzeit den Vorteil der
kürzeren Dienstzeit und von der dreijährigen den
Vorteil der geringeren Präsenzstärke, wir igno-
riren also, daß eben die zweijährige Dienstzeit
organisch eine höhere Präsenzstärke bedingt, als
die dreijährige. Dieser Widerspruch tritt um
so eklatanter hervor, wenn der eingangs er-
wähnte Satz dahin formuliert wird: „Wir
wollen keine grundsätzliche Veränderung der Or-
ganisation, wir wünschen unter Beibehaltung der
bestehenden Organisation die Einführung der
zweijährigen Dienstzeit.“ — Ja, die letztere aber
eben, wenn sie die Armee nicht schwächen soll, eine
veränderte Organisation zur unumgänglichen
Folge; wer diese Folge nicht zieht, desorganisiert
die Armee. Man sagt, die höhere Rekrutenein-
stellung innerhalb der gegenwärtigen Präsenz-
stärke erfordert mehr Geld; wir bewilligen das,
damit können wir der Regierung einen großen
Schritt entgegen. — Aber Geld hat für die Mi-
litärverwaltung nur dann Werth, wenn sie
dasselbe zur Verbesserung und Stärkung der
Armee verwenden kann; die Bewilligung von
Geld unter Bedingungen, deren Erfüllung vom
militärischen Gesichtspunkt aus das Gegenteil
erziele, kann von der Regierung nicht acceptirt
werden. Geld zu solchen Zwecken von dem
Steuerzahler zu erheben, kann eine gewissenhafte
Regierung nicht verantworten. Die Entlastung,
welche die zweijährige Dienstzeit bringt, wird
allzu theuer erkauft durch eine Schädigung unse-
rer Wehrkraft, für die noch dazu neue Steuer-
lasten auferlegt werden müssen. Nicht logischer
scheint uns die vielfach auftretende Anschauung,
daß man der Regierung dadurch seinen Unmut
sichtbar machen müsse — und zwar für Fehler,
die sie anderwärts begangen haben soll, über die
man aber die Zuhörer oder Leser im Unklaren
läßt —, daß man die Vorlage ablehne. Wie
weit muß die Verwirrung der Begriffe und des
Empfindens gediehen sein, wenn man für der-
gleichen auf ein Publikum rechnen zu können
glaubt! Wir würden es verstehen, wenn man
einer militärischen Regierung die Mittel zur
Durchführung eines Projektes, auch wenn man
dessen Nothwendigkeit nicht leugnen kann, ver-
sagen wollte. Dann aber müßte man sich doch
folgerichtig bereit erklären, einer anderen Re-
gierung die nötigen Mittel zu bieten. Vielmehr
um dieser Konsequenz aus dem Wege zu gehen,
warbei man nicht einmal die Kommissionsbe-
rathungen ab, in denen doch der Natur der
Sache nach manches Moment zu Tage kommen
muß und wird, das sich vor der Welt nicht dar-
legen läßt. Man macht es sich leicht, indem
man die Vorläge der Regierung runtergewor-
fen und erklärt: wir lehnen ab, car tel est
notre plaisir.

— Dem Bundesrat ist ein Gesetzentwurf,
betreffend die Abänderung der Maß- und Gewichts-
ordnung, zugegangen, der von der kaiserlichen
Normal-Eichungskommission ausgearbeitet und
von dieser mit einer Denkschrift begleitet worden
ist. Der Gesetzentwurf setzt in Abänderung der
bisherigen Hauptbestimmungen des Gesetzes in
5 Artikeln Folgendes fest: Das Meter und das
Kilogramm sind die Grundlagen des Maßes und
des Gewichts. Das Meter ist die Einheit des
Längenmaßes. Es wird dargestellt durch den bei
der Temperatur des schmelzenden Eises gemessenen
Abstand der Endpunkte auf dem Meridian, welcher
von der internationalen Generalkonferenz für
Maß und Gewicht als internationaler Prototyp
des Meters anerkannt worden und bei dem inter-
nationalen Maß- und Gewichtsbureau nieder-
gelegt ist. Das Kilogramm ist die Einheit des
Gewichts. Es wird dargestellt durch die Masse
desjenigen Gewichtstücks, welches durch die inter-
nationale Generalkonferenz für Maß und Ge-
wicht als internationaler Prototyp des Kilogramms
anerkannt worden und bei dem internationalen
Maß- und Gewichtsbureau niedergelegt ist. Als
Urmass gilt derjenige von dem Prototyp des
Meters abgeleitete Maßstab aus Platin-Iridium,
welcher durch die internationale Generalkonferenz
für Maß und Gewicht dem deutschen Reich als
nationaler Prototyp überwiesen worden ist; er
wird von der Normal-Eichungskommission auf-
bewahrt. Aus dem Meter werden die Einheiten
des Flächenmaßes und Körpermaßes — Quadrat-
meter und Kubikmeter — gebildet. Für die Theile
und für die Vielfachen dieser Maßheiten gelten
folgende Bestimmungen: A. Längemaße: Der
tausendste Theil des Meters heißt das Milli-
meter. Der hundertste Theil des Meters heißt das Zenti-
meter. Tausend Meter heißen das Kilometer.
B. Flächenmaße: Hundert Quadratmeter heißen
Ar. Zehntausend Quadratmeter oder hundert

Ar heißen das Hektar. C. Körpermaße: Dem
tausendsten Theil des Kubikmeters wird der von
einem Kilogramm reinen Wassers im Zustande
seiner größten Dichtigkeit unter dem absoluten Druck
einer Atmosphäre eingenommene Raum gleichge-
achtet. Derselbe heißt das Liter. Der zehnte Theil
des Kubikmeters oder hundert Liter heißen das
Hektoliter. Zulässig ist die Bezeichnung von Flächen
oder Räumen durch die Quadrate oder Kuben
des Zentimeters und des Millimeters. Als
Urmass gilt das von dem Prototyp des Kilo-
gramms abgeleitete Gewichtstück aus Platin-Iri-
dium, welches durch die internationale General-
konferenz für Maß und Gewicht dem deutschen
Reich als nationaler Prototyp überwiesen worden
ist. Es wird von der Normal-Eichungskommission
aufbewahrt. Die erklärten Denkschrift
schließt an die bereits am 20. Mai 1875 ab-
geschlossene internationale „Meter-Konvention“ an,
wobei u. a. die Errichtung eines ständigen inter-
nationalen Bureaus für Maß und Gewicht fest-
gesetzt wurde. Nach Ueberwindung von mancherlei
Schwierigkeiten und nach Ausführung sehr um-
fangreicher und zeitraubender Arbeiten ist es nun-
mehr gelungen, zu einer Festsetzung der inter-
nationalen Prototypen und zur Ausgabe von na-
tionalen Prototypen zu gelangen. Es hatte sich
im Laufe der Zeit mehr und mehr herausgestellt,
daß die ursprünglichen Prototypen nicht derart
eingesichert sind, daß aus ihnen andere normale
mit der jetzt auf vielen Gebieten, so namentlich
auch in der Landesvermessung, erforderlichen Ge-
nauigkeit abgeleitet werden können. Der Erfolg
der bisherigen metrischen Urmasse, insbesondere
auch der für das deutsche Reich geltenden, vor-
malig preussischen Urmasse, hatte sich aus den
gleichen Ursachen als notwendig erwiesen. Nach
Regelung der Frage der Festsetzung geeigneter
nationaler und internationaler Prototypen und
Schaffung des internationalen Bureaus erbrachte
es sich, die Anerkennung und Einführung der
neuen Urmasse im Wege der Gesetzgebung herbei-
zuführen. Für Deutschland an sich hat die Maß-
regel nur eine formale Bedeutung, denn soweit
der Bedarf im öffentlichen Verkehr geht und so-
gar so genau, wie man die Länge des bisherigen
Prototypen des Meters und das Gewicht des bis-
herigen Prototypen des Kilogramms überhaupt
gemacht hat, stimmen die neuen Prototypen mit
den alten überein, so daß bei uns in Handel und
Gewerbe keine Unstetigkeit eintritt. Gleichwohl
ist ein Eingriff der Gesetzgebung um deswillen
nicht zu umgehen, weil die nach der Maß- und
Gewichtsordnung als Urmass und Urmass geltenden
Normen diese Bedeutung für das deutsche
Eichungswesen theilhaftig verloren haben und
durch die neuen Prototypen ersetzt werden sind.
Die einschlagenden Vorschriften des Gesetzes
bedürfen daher der Abänderung, um mit der durch
die Herausgabe der Prototypen geschaffenen Sach-
lage in Einklang gebracht zu werden, wie dies in-
zwischen auch in anderen Vertragsstaaten (Öster-
reich-Ungarn, Italien) im Wege der Gesetzgebung
geschehen ist. Durch die Einführung der neuen
Prototypen wird nicht allein die so lange ge-
wünschte Gleichmäßigkeit im internationalen me-
trischen Maß- und Gewichtswesen gesichert,
sondern auch bei der Ableitung beliebiger Maße und
Gewichte aus diesen sehr erheblich an Sicher-
heit gewonnen und an Arbeit und Mühe gespart
werden.

— Das neue Jahr wird für die inneren
Verhältnisse des Vatikan ziemlich bedeutende
Veränderungen bringen. Die Zahl der bevor-
stehenden Kardinalnennungen wird jetzt auf
nicht weniger als 17 veranschlagt, so daß dann
von den 70 durch Sixtus V. festgesetzten Plätzen
des heiligen Kollegiums 57 belegt sein würden.
Ein besonders großer Einfluß auf die Konstellation
im Vatikan selber wird von dem Eintritte
des jetzigen Wiener Nuntius Galimberti erwar-
tet, den man freilich auch nach der Verleibung
des Purpurs einige Zeit hindurch als „Promu-
tus“ in Wien lassen wird, der sich aber doch auf
die Dauer von Rom nicht fernhalten läßt; auf
das nächste Konklave wird dem geschulten Diplo-
maten von Freund und Feind im Voraus ein be-
sonderer Einfluß zuerkannt. In Rom schreibt
man seinen Bemühungen die bevorstehende Er-
höhung der deutschen Prälaten Erzbischofs Kre-
mentz von Köln und Bischofs Kopp von
Breslau zu, was wenigstens hinsichtlich des letz-
teren seine Richtigkeit haben könnte. Man glaubt,
daß Beide in dem nächsten Konklave die Gruppe
Galimberti verläßt werden, wobei der letztere
für das nächste Mal noch nicht als Kardinal-
kandidat, wohl aber gewissermaßen als Papstma-
chine gedacht ist. Da Kardinal Rampolla notorisch
amtsüchtig ist, wird von Galimberti jetzt auch
als künftigen Staatssekretär gesprochen, doch
glaubt man nicht ernstlich an diesen Fall, da ein-
mal der Papst über die Jahre hinaus ist, in
denen man sich noch gern mit neuen Gesichtern
umgibt, und weil ferner die persön-
liche Verstimmlung des Leo XIII. gegen
Deutschland nur noch immer aus-
geprägt geworden ist. Man spricht
von ihr als von einem bestimmenden
Faktor zur Zeit noch mehr als von
seinem Gegensatz gegen Italien.
Vielleicht hängt diese Wendung
mit dem steigenden Einflusse des
Jesuitenordens zusammen. Obgleich
diesem die Ueberlieferung von Pius IX. nach
Rom durch den Papst abgeschlagen worden
ist, entwickelt er doch am Tiber eine gesteigerte
Rührigkeit. Der neue Ordensgeneral P. Mar-
tini wird nach einer Inspektionsreise in Irland
und Belgien gegen Ende dieses Monats nach
Rom kommen und sich dem Papste vorstellen;
der Jesuitenpater Galliani hat die Redaktion
der bekannten periodischen Schrift „Civitas Sa-
cra“ übernommen; der P. Bocchi von derselben
Gesellschaft hielt zwischen Weihnachten und Neu-
jahr in Rom fünf Predigten über Italien
und das Papstthum, in denen er Leo XIII. als
großen italienischen Patrioten („Vero“) zu
feiern den Versuch machte, u. a. v.

Der Papst selbst ist unterdessen eifrig literarisch
thätig gewesen. Einer Denkschrift über sein auf
den 19. Februar fallendes Bischofsjubiläum wird
ein umfangreicher Brief an den nordamerikanis-
chen Episkopat folgen, dem in Veranlassung der
Festlichkeiten von Chicago die Gültigkeit aller
amerikanischen Katholiken empfohlen wird. Nach
mehreren bekannten Symptomen kann der dortige
Episkopat diese Mahnung allerdings gebrauchen.
Gleichzeitig ist in dem zentralamerikanischen
Staate Honduras ein apostolisches Vikariat er-
richtet und dem P. Salvatore di Pietro übertra-

gen worden. Der neue Vikar dürfte ein Ver-
wandter des bisherigen Nuntius in Madrid und
künftigen Kardinals di Pietro sein.

— Der Wandergewerbebescheid soll künftig
Frauen in der Regel versagt werden, was zu
argen Härten führen könnte. Weiter soll die Be-
schränkung der Gültigkeit dieses Bescheides auf den
Bezirk der ausstellenden, resp. ihn erweiternden
Behörde, welche Beschränkung jetzt für Militär-
Aufführungen und Schaustellungen untergeord-
neter Art vorgeschrieben ist, künftig allgemein für
den Gewerbebetrieb im Umherziehen gelten; dazu
soll weiter bestimmt werden:

Die Ertheilung oder Ausdehnung des Wandergewerbebescheides wird versagt, wenn ein Bedürfnis
zur Ausübung des betreffenden Gewerbes in dem
Bezirk der Behörde nicht besteht, oder sobald für
die den Verhältnissen des Bezirks entsprechende
Anzahl von Personen Wandergewerbebescheide bereits
ertheilt oder ausgedehnt worden können, hat die
Behörde allfällige im Voraus festzustellen. Diese
Feststellung ist öffentlich bekannt zu machen.
Ueber die Feststellung hinaus ist ein Wandergewerbe-
bescheid für den Bezirk nur dann zu erteilen
oder auszudehnen, wenn der Nachsuchende den
Beweis erbringt, daß er sein Gewerbe im
Umherziehen innerhalb der letzten drei Kalender-
jahre regelmäßig im Bezirk ausgeübt hat. Die
Ertheilung und Ausdehnung der Wandergewerbe-
bescheide hat nach der Reihenfolge der Anmeldung
zu geschehen. Laufen gleichzeitig mehrere An-
meldungen ein, so hat die Behörde diejenigen
Personen den Vorzug, welche in dem voran-
gegangenen Kalenderjahre einen Wandergewerbe-
bescheid für dasselbe Gewerbe erhalten haben. Den
Berechtigten ist die Einschuldung des Verzeich-
nisses der erteilten und ausgedehnten Wandergewerbe-
bescheide gestattet.

Weiter soll, über die Vorschläge der Re-
gierungen betreffs der Abzahlungsbescheide hinaus
gehen, folgende, kaum noch die Sprache der
Gesetzgebung führende Strafbestimmung getroffen
werden:

Wer gewerbmäßig bei der Veräußerung von
Waaren gegen ratenweise Bezahlung den Leicht-
sinn oder die Unerschaffenheit des Erwerbers da-
durch ausbeutet, daß er diesen zu Anschaffungen
bereitet, welche den wirtschaftlichen Verhältnissen
desselben offenbar nicht entsprechen, oder daß er
sich über einem Dritten Gesandtschaften ver-
sprechen oder gewähren läßt, welche zu dem Werth
der veräußerten Waare in auffälligem Miß-
verhältnisse stehen, wird mit Gefängnis bis zu
6 Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu
2000 Mark bestraft.

Den Schluss macht folgender neue Straf-
paragraf:

Wer bei seinem Gewerbebetrieb öffentlich,
mit dem Abzug von Waaren oder gewerblichen
Leistungen zu fördern, wider besseres Wissen un-
wahre Thatsachen vorträgt oder wissenschaftlich
wahre Thatsachen entstellt, insbesondere wer zu
diesem Zweck über den Ursprung und Erwerb
seiner oder eines anderen Gewerbetreibenden
Waaren, über besondere Eigenschaften oder Aus-
zeichnungen dieser Waaren, über die Menge der
Waarenvorräthe, den Absatz zum Verkauf oder
die Preisbestimmung auf Täuschung berechnete
falsche Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis
zu 1000 Mark und im Unvermögensfall mit Ge-
fängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Einige dieser Vorschläge sind bisfalsch;
den meisten ist die Tendenz deutlich ausgeprägt,
den Verfall einzelner Klassen von Gewerbetrei-
benden durch Beirathung anderer zu erwerben.

— Der Grund, der den Fürsten Pless be-
stimmt hat, den Kaiser um Enthebung von dem
Amte als Chef des künftigen Hofstaates zu
ersuchen, welches dem Oberjägermeister Freiherrn
von Heine übertragen ist, liegt, wie dem „V.“
mitgetheilt wird, einmal in dem vorgerückten
Alter des Fürsten, andererseits in dessen Wünsche,
nicht mehr so oft die immerhin aufrengende
Reise von Pless nach Berlin zu machen. Der
Fürst, welcher zum zweiten Male vermählt ist,
nachdem ihm seine erste Gemahlin vor zehn Jahren
durch den Tod entzogen wurde, wünscht ganz
seiner Familie zu leben und sich seinen Kin-
dern zu widmen, von denen die beiden jüngsten
aus zweiter Ehe mit der Fürstin Mathilde, geb.
Reichgräfin zu Dohna-Schlobitten, sich noch in
dem jungen Alter von 5 beziehungsweise 6 Jahren
befinden. Sowohl der Kaiser Wilhelm II., als
auch der Kaiser Friedrich und Kaiser Wil-
helm I. hat Fürst Pless in besonderer Gunst ge-
standen.

— Herr Dr. Stryp hat an die Stadtver-
ordnetenversammlung ein Schreiben gerichtet,
in welchem er für das ihm in seinem Amte von der
Versammlung selber bewiesene Vertrauen dankt
und die Mittheilung macht, daß er unter den ob-
waltenden Umständen nicht in der Lage sei, eine
etwaige Wiederwahl anzunehmen.

Der nächste Donnerstag ist der Termin,
an welchem die Stadtverordneten sich neu zu kon-
stituiren, d. h. für das laufende Jahr einen Vor-
steher und einen stellvertretenden Vorsteher zu
wählen haben. Vorkommnisse, die in aller Er-
innerung sind, haben in dieser Angelegenheit die
Einschuldung in bedauerlicher Weise geführt, die
sonst in der Stadtverordnetenversammlung herrschte.
Zwar für den Vorfall selbst ist man über die
Kandidaten einig: Herr Dr. Langerhans, der bis-
her stellvertretende Vorsteher war, wird den
ersten Platz einnehmen. Man weiß aber — und
Herr Dr. Langerhans selbst hat wiederholt darauf
hingewiesen — daß der neue Vorsteher durch seine
Jahre und durch Kränklichkeit gehindert ist, die
Obliegenheiten eines Vorstehers allein in vollem
Umfange zu erfüllen, daß also die Leitung der
Geschäfte, wenigstens zu einem Theile, dem stell-
vertretenden Vorsteher obliegen würde. Man
weiß ferner, daß die Stellvertretung nur eine Art
Uebergangs- und Leihzeit für den Stellvertreter
bilden soll, dem man Gelegenheit geben will, ge-
schäftliche Routine zu gewinnen, ehe er den Vor-
sitz selbst übernimmt. Deshalb hat diesmal die
Wahl des Stellvertreterstellers eine besondere
Bedeutung. Bewerber werden in größerer Zahl
gemeldet. In Betracht kommen die Stadtverord-
neten Dr. Theodor Barth, Justizrath Frenzel
(Bruder des Präsidenten des Västerns-Kollegiums),
Dr. Alexander Meyer und Justizrath
Meyer. Es läßt sich zur Stunde noch nicht ab-
sehen, wie die Wahl ausfallen wird, denn die

verschiedenen Gruppen der Stadtverordnetenver-
sammlung, auch die Mehrheitsgruppen sind unter-
einander keineswegs einig. Die Möglichkeit einer
engeren Wahl ist nicht ausgeschlossen.

— Die „Kreuz-Ztg.“ bringt statistische
Mittheilungen aus der evangelischen Landeskirche
für 1891, denen wir Folgendes entnehmen: Es
gelangen in den älteren preussischen Provinzen
einschließlich 195 nicht fundirter Hilfsprediger-
stellen 652 geistliche Stellen zur Besetzung,
gegen 658 im Vorjahre; hiernach sind ca. 10
Prozent von 6900 vorhandenen geistlichen Stellen
neu besetzt; 216 wurden mit bisher schon fest an-
gestellten Geistlichen, 158 mit bisherigen Pfarr-
vikaren, Hilfspredigern u. s. w. und 278 mit
Predigamtanwärtern besetzt. Durch Umwandlung
von zwölf Vikariaten, Hilfspredigerstellen u. s. w.
in ordentliche geistliche Stellen und durch Er-
theilung 25 neuer Stellen ist die Zahl der
fundirten Pfarrstellen um 37 gegen 39 im Vor-
jahre vermehrt. Eingegangen ist in Folge
Parochialbildung ein Vikariat. Pro licentia
concionandi sind geprüft 553 Kandidaten, nicht
bestanden haben 85, bestanden 468 Kandidaten,
darunter 86 mit Zeugnis „au“; pro ministerio
sind geprüft 484 Kandidaten, von denen 37
nicht bestanden, dagegen 447 bestanden haben;
außerdem haben 6 ausländische Geistliche und
Kandidaten durch ein Kolloquium die Abfä-
higkeit erlangt, so daß im Ganzen 453 Kandidaten
wahlfähig geworden sind, 24 weniger als im
Vorjahre. Die Zahl der den älteren preussischen
Provinzen angehörenden auf deutschen Universitäten
immatrikulirten Studierenden der evangelischen
Theologie betrug im Winter 1890-91 1843, im
Sommer 1891 1835 und ging im Winter 1891
bis 92 auf 1629 zurück. Ebenso hat die Zahl
aller evangelischen Theologen auf den deutschen
Hochschulen von 4259 auf 4232 auf 3857 abge-
nommen. Kirchengebäude sind 59 (im Vorjahre
52) neu eingeweiht, darunter 44 von Grund neu
gebaute und 15 völlig restaurirte. Von den
Neubauten sind 15 an Orten, die bisher noch
keine evangelische Kirche hatten, ausgeführt. Die
kirchlichen Kollekten haben 1,097,950 Mark er-
geben gegen 1,240,898 Mark im Vorjahre; die
zu kirchlichen Zwecken zugewendeten Geschenke
und Vermächtnisse betragen 3,172,397 Mark
gegen 2,500,672 Mark im Vorjahre.

— Die „Germania“ sucht den sozial-
demokratischen Schwindel mit den „Ankündigen
des Wessensjohs“ gegen „Nationalliberale und
Kulturkämpfer“ auszunutzen. Dazu bemerkt die
„Nat.-Ab. Kor.“: „Uns ist bisher mit Sicher-
heit nur ein einziger Kollaps des Wessensjohs
bekannt geworden: das ist der Kardinal Meichers.“

— Die „Konf. Kor.“ schreibt: In dem
Wahlkreis Rügen-Goldberg-Haynau finden dem-
nächst Erzwahlen für Reichstag und Abgeor-
natenhaus statt. Die Freiwahligen, die die durch
den Tod des Abgeordneten Lange erledigten Man-
date bisher befehlen, haben als Kandidaten bereits
einen Breslauer Stadtrath, die Antisemiten den
aus dem Althaus-Prozess bekannten Rechtsan-
walt Fiedrich aufgestellt. Konfessionslos (trotz
bisher in dieser Hinsicht ein Verstoß noch nicht
vor. Wie uns aus Rügen mitgetheilt wird,
besteht unter den Konfessionen dort die Absicht,
sich bei der Reichstagswahl nicht besonders anzu-
strengen, da dieselbe doch aussichtslos sei, dagegen
die ganze Kraft für die Landtagswahl zu verwen-
den. Wir würden eine solche Stellungnahme
entschieden bedauern; denn die Unthätigkeit bei der
Reichstagswahl würde sich bei der Wahl zum
Abgeordnetenhaus rächen. Es ist richtig, daß die
konfessionellen Stimmen in den letzten Jahren zu-
rückgegangen sind. Die Sozialdemokraten haben,
wie in allen liberalen „Hochburgen“, auch im
Rügiger Wahlkreis erheblich zugenommen und
den Konfessionen wie den Freiwahligen Stimmen
entzogen. Allerdings aber hat sich vor einigen
Jahren ein antisemitischer Verein gebildet, dessen
Ziele früher zu den rührigsten konfessionellen
Parteigenossen gehörten; es läßt sich also anneh-
men, daß die Antisemiten diesmal eine neue, ge-
fährliche Segensthat bilden werden. Trotzdem
sollten die Konfessionen des Rügiger Wahl-
kreises bei der Reichstagswahl die Hände nicht in
den Schoß legen, sondern mit frischem Muthe an
der Hand des neuen Programms in den Kampf
eintreten. Die konfessionelle Partei ist bisher auch
in Rügen noch immer in achtunggebietender
Stärke aufgetreten, die Sozialdemokraten werden
indem diesmal schwerlich befürchteten Abbruch thun.
Es darf darum durchaus nicht als ausgeschlossen
erachtet werden, daß im Fall die Antisemiten im
Stande sein sollten, den Freiwahligen Stimmen abzu-
nehmen, eine Stichwahl stattfinden werde, und
zwar eine Stichwahl zwischen dem konfessionellen
und dem freiwahligen Kandidaten; die Aufstellung
eines besonderen Kandidaten für die Reichstags-
wahl dürfte sich also für unsere Rügiger Partei-
genossen dringlich empfehlen.

— Die Leiche Peter Reichenspergers wird
heute in der Hedwigskirche aufgebahrt. Morgen
findet dort ein feierliches Requiem statt. Graf
Ballestrem wird einen mit den Worten:
„Unserem großen Vorläufer und Altvater“
beizugehender Kranz namens des Zentrums nieder-
legen. Die Mitglieder der Zentrumsparthei dürften
fast ausnahmslos dazu in Berlin erscheinen.
Wo die sterblichen Ueberreste Reichenspergers be-
gelegt werden, ist bis jetzt noch unbekannt. Die
Leichendre wird Propst Bahnel, ein alter Freund
des Verstorbenen, halten, der auch den päpstlichen
Segen, den Rampolla wenige Tage vor dem
Hinscheiden Reichenspergers aus Rom sandte,
durch seinen Krankenbetreuer nach dem Vatikan
veranlaßt hatte. Reichensperger war schon seit
langer Zeit sehr leidend. An dieser Tagung des
Abgeordnetenhauses hat er nicht mehr Theil ge-
nommen. Schon ein bewährter Parlamentarier,
wurde er Mitbegründer der Zentrumsparthei.
Damit nahm aber alsbald seine politische Lauf-
bahn als Führer der Katholiken ein Ende. Mal-
lufstrost und Windstocher traten während des
Kulturkampfes an die Stelle der beiden Reichens-
perger, die hinfür die „Veteranen“ des Zen-
trums, aber nicht mehr seine politischen Leiter
und Hauptvertreter waren. Im konstituierenden
Reichstage hat Reichensperger 1867 gegen die
Bundesverfassung gestimmt, später aber im
preussischen Abgeordnetenhause für dieselbe.
Reichensperger verlor das Zentrum das letzte
seiner alten hervorragenden Mitglieder, das mit
der deutschen Geschichte seit 1848 eng verknüpft
war. Nachwuchs an jüngeren Kräften fehlt auch
im Zentrum, denn man wird die Herren von
Duene und Kieber schwerlich dafür gelten lassen,

nicht einmal in Zentrumskreisen. Die Volksober-
leitung ist um eine charakteristische, auch im
gegnerischen Lager geachtete Figur ärmer ge-
worden, um einen Mann, der den extremen Aus-
wüchsen der neuesten Zeit durch die Vornehm-
heit seines Wesens immer fern gehalten hat, und
dem nicht bloß seine nächsten politischen
Freunde ein ehrendes Andenken bewahren
werden.

Aus Westpreußen, 30. Dezember. Auf-
sehen erregt es, daß der katholische Geistliche in
Schwef, der die Seelsorge in dem Gefängnisse
für jugendliche Gefangene ausübt, einige Polo-
nisirungsversuche unternommen hat. Er hielt
den Gottesdienst ausschließlich in polnischer
Sprache ab und ließ nur polnische Lieder singen,
obwohl die Mehrzahl der Gefangenen aus
Deutschland bestand. Diese störten, da ihre Bitten,
daß wenigstens deutsch gesungen werden möchte,
schroff abgelehnt wurden, wiederholten den Gottes-
dienst. Der Oberstaatsanwalt hat nun verfügt,
daß der Gottesdienst deutsch abgehalten werden
darf; für Polen sind nöthigenfalls gesonderte
Gottesdienste einzurichten. Bemerkenswerth ist,
daß der Geistliche aus einer deutschen Familie
stammt. Die zahlreichen deutschen Katholiken des
Schwefers der Provinz klagen übereinstimmend
über die Polonisirungsversuche der Geistlichkeit.

Rosen, 2. Januar. Polnischen Blättern
zufolge ist dem St. Barbaraverein in Wodum
seitens des Regierungspräsidenten in Arnsweg er-
lassen worden, daß von der Polizeibehörde das
Tragen von nationalpolnischen Fahnen und Ab-
zeichen verboten worden sei.

Wilhelmshafen, 31. Dezember. Die
Fahrpläne für das Jahr 1893 der subventionirten
Dampferlinien des deutschen Reiches nach Ostafrika,
Ostafrika und Australien sind erschienen. Nach
Ostafrika sowie für die Zweiglinie von Hongkong
nach Japan sind 13 Fahrten vorgesehen. Ebenso
enthält die australische Linie und die Zweiglinie
von Sydney nach Alia über Tongatapu 13 Fahr-
ten. Die Anlaufplätze sind unverändert geblieben,
auch bleibt die Anlauflinie von Brindisi nach
Port Said wie bisher bestehen. Die Schiffe der
Hauptlinie nach Ostafrika laufen in den
13 Reisen folgende Häfen auf der Ausreise an:
Amsterdam, Kopenhagen, Kiel, Port Said, Suez,
Aden, Tanga, Dar-es-Salaam, Sansibar, Mo-
zambique, Beira, Delagoa-Bay nach Durban
(Natal); auf der Heimreise nach Neapel dieselben
Häfen, dann über Marseille, Kopenhagen, Brindisi,
Rotterdam nach Hamburg. In Ostafrika bestehen
zwei Zweiglinien, die nördliche macht von Tanga
aus folgende Reisen: Pangani, Bagamoyo,
Dar-es-Salaam, Kilwa, Zanzibar, Mombasa, Be-
ni, Kilwa, Dar-es-Salaam, Bagamoyo, San-
sibar, Saadani, Pangani, Tanga; die südliche die
Reisen: Mozambique, Quelimane, Chinde, Beira,
Inhambane, Quelimane, Paraty, Mozambique.
Die Zahl der Reisen beträgt ebenfalls 13.

Saarbrücken, 2. Januar. (W. T. V.) Das
Maschinenpersonal war in dem Streikgebiete trotz
der Verbotung durch die ausländischen Arbeitgeber
vollständig angefahren. In Eschweiler und El-
versberg sowie auf Grube „von der Heide“
kamen Aufstellungen vor. In Conisenthal,
Bilfild, Guichenbach und Holz fanden gestern
stark besuchte Bergarbeiterversammlungen statt;
dortige in Conisenthal waren etwa von 800, die
in Guichenbach von etwa 300 Personen besucht,
zu denjenigen in Bilfild waren auch viele
Frauen erschienen. In den Versammlungen wurde
beschlossen, den Streik fortzusetzen; man schenkte
der Versicherung Glauben, daß Geld und Lebens-
mittel aus dem Auslande für die Streikenden
unterwegs seien. Der Oberpräsident der Rhein-
provinz, Kasse, und Regierungspräsident v. Döppe
sind gestern hier eingetroffen. Heute ist der Aus-
stand allgemein; im Ganzen sind heute nur 4546
Mann angefahren.

München, 2. Januar. Eine heute abge-
haltene zahlreich besuchte Professorenversammlung
von Münchener Künstlern und Schriftstellern faßte
unter Widerspruch einiger weniger Antisemiten,
welche die der Preisse eine neue, ge-
fährliche Segensthat bilden werden. Trotzdem
sollten die Konfessionen des Rügiger Wahl-
kreises bei der Reichstagswahl die Hände nicht in
den Schoß legen, sondern mit frischem Muthe an
der Hand des neuen Programms in den Kampf
eintreten. Die konfessionelle Partei ist bisher auch
in Rügen noch immer in achtunggebietender
Stärke aufgetreten, die Sozialdemokraten werden
indem diesmal schwerlich befürchteten Abbruch thun.
Es darf darum durchaus nicht als ausgeschlossen
erachtet werden, daß im Fall die Antisemiten im
Stande sein sollten, den Freiwahligen Stimmen abzu-
nehmen, eine Stichwahl stattfinden werde, und
zwar eine Stichwahl zwischen dem konfessionellen
und dem freiwahligen Kandidaten; die Aufstellung
eines besonderen Kandidaten für die Reichstags-
wahl dürfte sich also für unsere Rügiger Partei-
genossen dringlich empfehlen.

— Die Leiche Peter Reichenspergers wird
heute in der Hedwigskirche aufgebahrt. Morgen
findet dort ein feierliches Requiem statt. Graf
Ballestrem wird einen mit den Worten:
„Unserem großen Vorläufer und Altvater“
beizugehender Kranz namens des Zentrums nieder-
legen. Die Mitglieder der Zentrumsparthei dürften
fast ausnahmslos dazu in Berlin erscheinen.
Wo die sterblichen Ueberreste Reichenspergers be-
gelegt werden, ist bis jetzt noch unbekannt. Die
Leichendre wird Propst Bahnel, ein alter Freund
des Verstorbenen, halten, der auch den päpstlichen
Segen, den Rampolla wenige Tage vor dem
Hinscheiden Reichenspergers aus Rom sandte,
durch seinen Krankenbetreuer nach dem Vatikan
veranlaßt hatte. Reichensperger war schon seit
langer Zeit sehr leidend. An dieser Tagung des
Abgeordnetenhauses hat er nicht mehr Theil ge-
nommen. Schon ein bewährter Parlamentarier,
wurde er Mitbegründer der Zentrumsparthei.
Damit nahm aber alsbald seine politische Lauf-
bahn als Führer der Katholiken ein Ende. Mal-
lufstrost und Windstocher traten während des
Kulturkampfes an die Stelle der beiden Reichens-
perger, die hinfür die „Veteranen“ des Zen-
trums, aber nicht mehr seine politischen Leiter
und Hauptvertreter waren. Im konstituierenden
Reichstage hat Reichensperger 1867 gegen die
Bundesverfassung gestimmt, später aber im
preussischen Abgeordnetenhause für dieselbe.
Reichensperger verlor das Zentrum das letzte
seiner alten hervorragenden Mitglieder, das mit
der deutschen Geschichte seit 1848 eng verknüpft
war. Nachwuchs an jüngeren Kräften fehlt auch
im Zentrum, denn man wird die Herren von
Duene und Kieber schwerlich dafür gelten lassen,

Wien, 2. Januar. (W. T. V.) Zu dem
heutigen Hofball beim Kaiser waren der päp-
stliche Nuntius Galimberti, die Vörschäfer des
deutschen Reiches, Frankreichs und Spaniens,
sowie die Gesandten von Bayern, Württemberg,
der Schweiz, Serbien und Monaco geladen.

Wien, 2. Januar. Anton von Schmerling,
1848 Reichsminister und später österreichischer
Kabinettschef, Schöpfer der Februar-Verfassung,
liegt im Sterben.

Niederlande.
Amsterdam, 2. Januar. (W. T. V.) Wie
aus Sappemeer (Prov. Groningen) gemeldet wird,
sind dort am Sonnabend Abend eine Ansamm-
lung von Sozialisten und Arbeitlosen statt,
welche durch die Polizei und das Militär zer-
streut wurde. Heute wurde ein Soldat, der mit
mehreren anderen den Angestellten einer Fabrik
zum Schutze beigegeben war, thätlich angegriffen

